



Das Land bekommt keinen Nachwuchs zur Polizei

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Unter der Überschrift „Wenig Interesse an Cyberpolizei“ konnten wir vor einigen Wochen lesen, dass die Landesregierung Probleme hat, geeigneten Nachwuchs für die neue Cyberkriminalistenlaufbahn zu finden. Es wird sogar ein vermutlicher Grund seitens des Landespolizeipräsidiums Baden-Württemberg geäußert: „Wir können nicht sagen, warum das so ist, aber man kann natürlich nicht ausschließen, dass die Wirtschaft lukrativer ist“!

Also doch – wir ziehen im Vergleich mit der Wirtschaft den Kürzeren –, wer hätte das gedacht?

Wer sich alleine an die deutlich gesunkenen Bewerberzahlen und die ewig lange Zeit der unbesetzten Polizeiärztstellen erinnert, wird erkennen, dass diese Erkenntnis nicht neu ist.

Aber wie wird reagiert? Mit hilflosem Achselzucken und das war es dann?

Die Verantwortlichen der Polizei sind bis vor Kurzem noch durchs Land gezogen und haben die heile Welt verkündet, obwohl es mehr als deutlich war, dass die fetten Jahre vorbei sind. Ein Blick in die Schulklassen, die den Nachwuchs bringen könnten, hätte geholfen. Diese Chance wurde vertan, obwohl eine rechtzeitige Remonstration angebracht gewesen wäre.

Die Politik – egal ob Regierung oder Opposition – reagiert ebenfalls nach Schema „F“. Die Innenpolitiker wollen mehr einstellen, doch die Financer stehen auf der Bremse. Ideologische Beweggründe tragen ihren Anteil zur Problemverschärfung bei, egal ob die Zeit vergeht.

Die Opposition „mahnt“ wie gewöhnlich an, vergisst aber ihren Anteil an der Personalsituation. Verantwortung zu übernehmen ist halt nicht unbedingt modern! Wie will man denn eigentlich Nachwuchs gewinnen? Bestimmt nicht, wenn die Eingangsbesoldung abgesenkt und ständig erzählt wird, wie hoch die Pensionen der Be-



amteten sind, und man sich hier nur statistischer Zahlen bedient und somit nur nach der Lufthoheit über den Stammtischen schielt oder junge Menschen mit Abitur in den mittleren Dienst einstellt und ihnen eine Pseudokarriere vorgaukelt?

Wer sich im Privaten mit Freunden unterhält, wird bestimmt keine Werbung für die Polizei machen, weil eine unheimliche Unzufriedenheit innerhalb der Polizei herrscht.

Der Druck, der Stress, die Arbeitszeiten und die mangelnden Perspektiven sind alles andere als geeignete Werbemittel. In einem der reichsten Bundesländer gehen die meisten Kolleginnen und Kollegen in der Besoldungsgruppe in Pension, in der in anderen Bundesländern der Dienst begonnen wird.

Hier trägt nicht nur die Politik alleine die Schuld, sondern auch die, die immer wieder mit obskuren vermeintlichen Argumenten gegen eine gerechte Einordnung der Polizeibeschäftigten im Gehaltsgefüge reden.

Warum soll ein junger Mensch in den Polizeivollzugsdienst oder die Polizeiverwaltung eigentlich eintreten? Wegen der Topbezahlung? Wegen den super Aufstiegschancen? Wegen dem guten Betriebsklima?

Anstatt etwas Grundlegendes zu verändern, zieht man Vorlagen von vor 30 Jahren, wie Veränderungen der Ausbildung, Sonderurlaub für Bewerber und, und, und, aus der Schublade.

Es wird Zeit, dass alle deutlich und laut vernehmlich zugeben, dass wir Nachwuchsprobleme haben und wir diese mit den altbekannten aber untauglichen Mitteln nicht in den Griff bekommen. Wenn wir dies erreicht haben, wäre das schon die Hälfte der Strecke. Wenn dann die Politik endlich handelt und nicht nur große Reden schwingt, dann könnte eine Lösung doch noch möglich sein.

Wie steht es doch so schön auf Seite 64/65 des Koalitionsvertrages:

„Personalabbau bei der Polizei stoppen

Wir werden den Personalabbau im Polizeivollzug und im Nichtvollzug stoppen und Neueinstellungen vornehmen, wo unabdingbar personelle Lücken geschlossen werden müssen. Die Polizeibeamtinnen und -beamten werden dadurch von polizeifremder Arbeit entlastet und können sich verstärkt auf ihre eigentlichen polizeilichen Aufgaben konzentrieren. Denn wir wollen die Polizeipräsenz in der Fläche verbessern. Wir streben zudem an, ausreichende Planvermerke zur wechselseitigen Besetzung von Vollzugs- und Nichtvollzugsstellen zu schaffen.

Wir werden zudem Sorge dafür tragen, dass angesichts der anstehenden Pensionierungswelle bei der Polizei frühzeitig Polizeinachwuchs in ausreichendem Umfang ausgebildet wird. Vor dem Hintergrund des doppelten Abiturjahrgangs wollen wir im Jahr 2012 die Zahl der Neueinstellungen von derzeit 800 Polizeinachwuchskräften ausweiten. Neben den Sicherheitsaspekten leisten wir damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsperspektiven junger Menschen.

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/ 3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die August-Ausgabe 2015 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 3. Juli 2015.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

Bei der Anwerbung von Polizeinachwuchs wollen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass mehr Migrantinnen und Migranten für den Polizeidienst gewonnen werden.

Wir werden den Freiwilligen Polizeidienst mittelfristig auflösen. Als Sofortmaßnahme werden wir das Budget einfrieren und keine neuen Angehörigen für den Freiwilligen Polizeidienst einstellen.

Die frei werdenden Mittel werden wir für die Verbesserung der Personalausstattung der regulären Polizei in den Polizeirevieren verwenden. Auch diese Maßnahme trägt dazu bei, die sichtbare Präsenz der Polizei in der Fläche zu verbessern.

Zweigeteilte Laufbahn einführen

Der Polizeiberuf stellt sehr hohe Anforderungen an die Beamtinnen und Beamten. Diese verantwortungsvolle Tätigkeit muss auch angemessen vergütet werden. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die bisherigen Angehörigen des mittleren Dienstes schrittweise in den gehobenen Dienst übergeleitet werden und

damit Zug um Zug die zweigeteilte Laufbahn einführen.

Dabei werden wir einen Einstellungskorridor für den mittleren Dienst einrichten, um Realschulabgängern auch künftig den Zugang zum Polizeiberuf offenzuhalten.

Wir werden die Einführung eines eigenständigen Berufsbildes des Polizei-Fachangestellten auf den Weg bringen.

Die Aufstiegsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten bei der Polizei sowie die Besoldungs- und Beförderungssituation bei den Verwaltungsbeamtinnen und -beamten bei der Polizei werden wir auf den Prüfstand stellen mit dem Ziel, die derzeitige unbefriedigende Situation zu verbessern." (Ende des Auszug aus dem Koalitionsvertrag)

Das sind die Worte und wann kommen die Taten?

All diese Zusagen sind nicht einmal im Ansatz erfüllt.

Es besteht übrigens im Ergebnis kein Unterschied zwischen „nichts versprechen“ und „Zusagen nicht halten“. Beides versagt Gerechtigkeit und sorgt für weitreichende Probleme.

Rüdiger Seidenspinner

BESSERE BEWERTUNG

Stellenbewertung bei der Polizei

Die Rechtsprechung ist eindeutig. Die Polizei braucht eine Stellenbewertung und laufbahnübergreifende Stellenbewertungen sind nicht zulässig.

Jetzt kann man trefflich darüber streiten, ob das Sinn macht oder nicht, denn Justitia hat gesprochen.

Nun ist guter Rat teuer und eine Arbeitsgruppe muss die Lösung für dieses Problem finden. In dieser Arbeitsgruppe sind bisher weder die Personalvertretung noch die Gewerkschaften vertreten, aber Hauptsache sie tagt.

Aus Sicht der GdP gibt es einen Lösungsansatz, der sogar im Koalitionsvertrag verankert ist, also im Regierungswillen festgelegt wäre.

Das Zauberwort heißt „Zweigeteilte Laufbahn“ oder auf Deutsch, wir eliminieren die Laufbahn des mittleren Dienstes und führen alle Kolleginnen und Kollegen in der gehobenen Dienst über. Gutachten haben bereits belegt, dass der Polizeivollzugsdienst aufgrund der Tätigkeiten dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen ist. Nun auch noch die aktuelle Recht-

sprechung zur Stellenbewertung und wir stellen ernsthaft die Frage, was noch alles kommen muss, bis die Gegner kapieren, dass der Weg der „Zweigeteilten Laufbahn“ der richtige Weg ist.

Anstatt eine Arbeitsgruppe zu installieren, wie bei der Ausgangslage der mittlere Dienst zementiert werden kann, wäre es sinnvoll darüber nachzudenken, wann man in die generelle Ausbildung für den gehobenen Dienst einsteigen will und zwar dies verbindlich, mit Datum und dann mit einem ebenso verbindlichen Fahrplan, wie man die bisherigen Kolleginnen und Kollegen in der gehobenen Dienst überleiten möchte.

Wir haben diesbezüglich schon mehrere Vorschläge unterbreitet und unsere Bereitschaft zur Mitarbeit angeboten, doch die Bremser der gerechten Bewertung der Polizistinnen und Polizisten in diesem Land sitzen weiter in ihren warmen Amtsstuben.

Wer zu Recht die Chefs der Polizeipräsidien in die B-Besoldung bringt,



der muss auch dafür sorgen, dass die, die die eigentliche Polizeiarbeit leisten, ihre entsprechende gerechte Entlohnung erfahren. Die Besoldungsgruppen A 7 und A 8 sind ein besoldungsrechtliches No-Go für die geforderte heutige Polizeiarbeit. Wer das nicht verstehen will, muss sich nur die Bilder von Frankfurt anschauen.

Wann bekommen wir endlich eine gerechte Bewertung anstatt leere Phrasen, wie wichtig wir sind und was für gute Arbeit wir leisten.

Geld ist zwar nicht alles, doch diesen Satz formulieren immer die, die eigentlich nicht zu wenig davon haben.

Wir wollen endlich Gerechtigkeit, denn das haben wir verdient.

Wir sind mehr wert, auch wenn Arbeitsgruppen uns dann erklären, wo wir zu stehen haben. **RSeid**

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Einladung zur JHV der KG PP Stuttgart

Die GdP-Kreisgruppe PP Stuttgart führt am **Dienstag, 23. 6. 2015, ab 13 Uhr**, im Restaurant „Haus am See“, 70378 Stuttgart-Mühlhausen, Mühlhäuser Straße 311, Telefon 07 11-53 41 97, ihre Jahreshauptversammlung durch.

Die Mitglieder der Kreisgruppe sind dazu herzlich eingeladen.

JHV der GdP-Bezirksgruppe Tuttlingen

Die JHV der GdP-Bezirksgruppe Tuttlingen findet am **Donnerstag, dem 11. 6. 2015, ab 17 Uhr** im Hotel Hirt in der Oberhoferstraße 5 in 78652 Deisslingen statt.

Jedes teilnehmende Mitglied erhält einen Verzehrzuschuss in Höhe von 10 Euro.

Zu ZZW nun auch noch ELWA?

Die Probleme vom ZZW sind noch bei Weitem nicht abgestellt und schon kommen neue Ideen auf den Tisch, nämlich ELWA.

Neu? Nein, mit ELWA – einem elektronischen Wachbuch – wurden schon einmal diverse Kolleginnen und Kollegen gequält und man war der Meinung, dass es die Polizei nicht braucht. Nun soll so eine Vorlage für die Polizeichefrunde am 12. Mai 2015 über das Erfordernis der Fortführung von Dienstnachweisen (sog. Dienstnachweisbuch) bei den Polizeiposten und den Tagesdiensten geredet werden bzw. wurde geredet.

Die Tagung Polizeilicher Aufgaben vom 8./9. September 2005 hat aufgrund der grundsätzliche Bedeutung die Führung entsprechender Nachweise für erforderlich gehalten.

Aus der Begründung heißt es:

„Wachbücher werden in der Regel bei Polizeirevieren oder vergleichbaren Organisationseinheiten in den Dienstgruppen sowie Bezirks- und Postendiensten geführt. Das in Papierform verwendete Wachbuch dient der Dokumentation aller bei einem Polizeirevier anfallenden Aufgaben und Tätigkeiten sowie als Arbeitszeitnachweis (Anwesenheit) für die diensthabenden Beamten.“

Landeseinheitliche Regelungen über die Ausgestaltung und das Führen eines Wachbuches gibt es nicht. Die Einführung des elektronischen Wachbuches wurde auf Landesebene nicht umgesetzt.

Die Erforderlichkeit der Fortführung von Dienstnachweisen (sog. Dienstnachweis- oder Wachbuch) bei den Polizeiposten und Tagesdiensten (nicht Streifendienst) darf aus Sicht des PP X erneut geprüft und überdacht werden.

Begründung für die mögliche Abschaffung:

- Nachweise werden nur bei der Schutzpolizei geführt, andere Tagesdienste sind nicht berührt
- durch elektronische Zeitnachweissysteme erfolgt die Zeiterfassung
- Dokumentation von Streifen-tätigkeiten und Aufträge in Viadux
- Dokumentation von Dienstsport, Einsatztraining und AuF in iBMS



Begründung für die Beibehaltung:

– Dokumentation über Dienstverrichtungen zu Zwecken der Nachvollziehbarkeit und Dienstaufsicht (Informationsquelle, Bearbeitung von Beschwerden etc.)

Aufgrund der zurückliegenden Zeitspanne, der zwischenzeitlichen Einführung von Zeitnachweis- und Bildungsmanagementsystemen (iBMS) sowie einer internen Anfrage beim PP X erscheint die erneute Thematisierung in einer Polizeichefrunde zielführend.“ (Ende des Zitats)

Auch wenn man schon bei der Argumentationssammlung feststellt, dass rein zahlenmäßig mehr Gründe für die Abschaffung als für die Beibehaltung sprechen, muss man sich die Gründe für die Beibehaltung genau anschauen. Es sind alles Gründe, die der Dienstaufsicht dienen sollen.

Nicht das Dienstaufsicht nicht erforderlich wäre, aber wenn es nur dazu dient, die Kolleginnen und Kollegen mit noch einem, vielleicht ebenfalls nicht 100% funktionierendem System zu quälen, überspannt das nach unserer Auffassung den Bogen. Technik und IT sollten eigentlich die Beschäftigten entlasten, doch dies scheint bei uns nicht zu funktionieren.

Wir hoffen, dass die Personalräte hier eine klare Linie ziehen und dem Spiel mit immer neuen Punkten eine Absage erteilen. Wir sind nicht bei Pippi Langstrumpf und können uns auch keine Welt malen, wie sie uns gefällt. Wir müssen verstärkt an die denken, die damit belastet werden.

RSeid



„Personalrätegrundschulungen in Bad Buchau“

Vom 2. bis 6. März und vom 13. bis 17. April fanden Personalrätegrundschulungen in Bad Buchau statt. Die beiden Verantwortlichen, Wolfgang Kircher (zuständig für Bildungsarbeit und das LPVG) und Hans-Jürgen Kirstein (Beamten- und Besoldungsrecht) hatten ein anspruchsvolles Wochenprogramm für die neu gewählten Personalräte zusammengestellt.

Den Bereich des Tarifrechts übernahm im 2. Seminar die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende und Mitglied der Großen Tarifkommission, Christina Falk. Ihre Ausführungen zum Tarifrecht wurden durch ihren Bericht von den erst vor Kurzem stattgefundenen Tarifverhandlungen angereichert.

Dr. Michael Karpf, Hauptschwerbehindertenvertreter für die behin-

„Chemie zwischen Personalrat und dem Dienststellenleiter nicht stimmt.“

Neben den Personalratsthemen wurden aber auch aktuelle Probleme angesprochen. Ein ständiges Thema war die Arbeitszeit und das ZZW. Die Kolleginnen und Kollegen diskutierten über die ausgesetzten und fehlenden Beförderungsmöglichkeiten. An allen Ecken und in allen Bereichen fehlt es an Personal. Nur in den Stäben wird ständig aufgefüllt, so die Aussage eines Kollegen.



Aufmerksame Zuhörer beim Vortrag von Dr. Michael Karpf

Themen waren u. a.

- die Rechtsstellung von Personalratsmitgliedern,
- die Geschäftsführung des Personalrats,
- die Aufgaben des Vorstandes,
- wie läuft eine Personalversammlung ab,
- was versteht man unter Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalvertretung,
- was bedeutet „vertrauensvolle Zusammenarbeit“,
- die Verschwiegenheitspflicht,
- der Datenschutz,
- die Mitwirkung,
- die Mitbestimmung,
- das Initiativrecht.

Im ersten Seminar erklärte Dagmar Hölzl (GdP-Bundesfrauenvorsitzende) die Grundzüge aus dem Tarifrecht und was das Chancengleichheitsgesetz ist.

derten Menschen in der Polizei, zeigte auf, welche Rechte schwerbehinderte Menschen haben.

Zum Ende des Seminars wurde dann das Erlernete in einem Rollenspiel umgesetzt.

Nachdem sich der Personalrat in Bad Buchau „konstituiert“ hatte, ging es schon an die tägliche Arbeit. Zuerst war zu prüfen, ob der Personalrat überhaupt zuständig ist. Dann trat der Personalrat in die Verhandlungen mit dem „Dienststellenleiter“. Sollten die im gesamten Gremium oder nur zwischen Personalratsvorsitzenden oder Dienststellenleiter geführt werden, war eine der Fragen. Schnell wurde deutlich, was vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalrat bedeutet, ob und wie sie funktioniert. So mancher vermeintlich einfache Sachverhalt wird plötzlich schwierig, wenn die

Zur Person:



Wolfgang Kircher ist Mitglied im örtlichen Personalrat des PP Ludwigsburg und Mitglied im Hauptpersonalrat Polizei. Als stellvertretender GdP-Landesvorsitzender ist er u. a. auch für die Landesredaktion zuständig. Er ist Mitglied im GdP-Bundesvorstand und im DGB-Landesbezirksvorstand, außerdem ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht Stuttgart, Fachkammer Landespersonalvertretungsrecht, und Beamtenbeisitzer in der Fachkammer Disziplinarrecht.



ARBEITSSCHUTZ

Gesundheit in der Polizei – Leistungsstarke Polizei

Definition Gesundheit (WHO):
„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens ... und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“

Im März 2015 fand das 5. Arbeitsschutzsymposium der Gewerkschaft der Polizei in Potsdam statt. Hierrüber berichtete bereits die „Digit@1“ 14/2015 mit einer kurzen Zusammenfassung. Ziel der Beratungen war es, die gesundheitlichen Belastungen durch physische und psychische Einflüsse, die im Zusammenhang mit dem täglichen Dienst auf die Kolleginnen und Kollegen einwirken, zu erkennen, sie ganzheitlich zu bewerten und soweit möglich geeignete Maßnahmen zu benennen, die es möglich machen, die Beschäftigten aller Bereiche innerhalb der Polizei gesund zu erhalten und ihnen zu ermöglichen, ohne Gesundheitsbeeinträchtigungen die Lebensarbeitszeitgrenze zu erreichen.

In mehreren Arbeitskreisen wurde intensiv zu den Themenfeldern „Gesundheit in der Polizei“ beraten. Gewerkschafter, Personalräte, Schwerbehindertenvertretungen, Fachkräfte für Arbeitssicherheit sowie Betriebsärzte beteiligten sich mit ihrem Sachverstand und blickten auch über den „Tellerrand“ hinaus, indem sie die, von vielen dienstlichen Belangen betroffene, private Situation der Polizeibeschäftigten beleuchteten. Beispielhaft sei hier die familienbelastende Schichtarbeit genannt. Am Ende der Beratungen konzentrierten sich die Schwerpunkte aus den Arbeitskreisen auf das Thema „Behördliches Gesundheitsmanagement“ (BGM) und die „Betriebliche Gesundheitsförderung“ (BGF). Die Erkenntnisse dieser und dreier vorangegangener Tagungen, sowie Erfahrungen aus mehr als zehn Jahren zu diesem Thema konnten in der Folge in einer schriftlichen Handreichung zusammengefasst werden, die unseren Kolleginnen und Kollegen, die Funktionen im Gesundheitsbereich übernommen haben, den Vertretern von Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt den Personalräten dienen soll, die eine besondere, ge-



Teilnehmer aus BW am 5. Arbeitsschutzsymposium: Torsten Fröhlich, stellv. Haupt-schwerbehindertenvertreter, und Wolfgang Kircher, stellv. GdP-Landesvorsitzender.

Foto: Hagen Immel/GdP

setzlich verankerte Verantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten tragen.

Die Teilnehmer der Tagung diskutierten gleichfalls über grundsätzlich geeignete Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung innerhalb der Polizei und insbesondere im Bereich des BGM und der BGF. Hier konnte die Versammlung erkennen, dass es mit den gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen zum Nachteilsausgleich, wie z. B. die Regelung über Zusatzurlaub für schwerbehinderte Menschen oder die Verpflichtung zur bevorzugten Stellenbesetzung, nicht getan sein kann. Aus diesem Grund wurde die Einbindung von Kolleginnen und Kollegen in die Gremien der GdP als dringend notwendig befunden, die sich bereits als Vertreter der Menschen mit Behinderung vor Ort einbringen und dort im täglichen Dienst wichtige Erfahrungen zum konkreten Stand der Inklusion in der jeweiligen Dienststelle sammeln. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu wurden bereits mit einem, während des 25. Ordentlichen Bundeskongresses gefassten Beschluss auf den Weg gebracht. Ebenso wurde in der Handreichung der GdP zur Gesundheit den besonderen Belangen von Menschen mit Behinderung Rechnung getragen.

Anmerkung des Verfassers:

Eine wichtige Erkenntnis des 5. Arbeitsschutzsymposiums und gleichzeitig Forderung an die ver-

antwortlichen Führungskräfte der Polizei ist: Gesundheitsschutz kann nicht Aufgabe von Hobbypsychologen, Wanderpredigern oder Wunderheilern sein. Die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen ist ein wichtiges und wertvolles Gut, das in die Hände von erfahrenen Profis gehört. Dies kann durch die Einbindung von bereits vorhandenen Ansprechpartnern, wie z. B. dem betriebs- oder polizeiärztlichen Dienst, der Fachkraft für Arbeitssicherheit, den Unfallkassen oder den Integrationsämtern, aber auch durch Qualifizierung und Berufung von geeinten Interessens- oder Personalvertretern erfolgen. Grundsätzlich jedoch muss ein „Behördliches Gesundheitsmanagement“, das weitere Säulen der Gesundheitsförderung, wie z. B. den Arbeitsschutz, das „Betriebliche Eingliederungsmanagement“ (BEM), Weiterbildung der Gesundheitsprofis oder andere gesundheitsfördernde Maßnahmen unter einem Dach vereint, professionell geführt werden, und darf nicht unter der Bestellung im Nebenamt ein Dornröschen-Dasein führen.

Torsten Fröhlich

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

Es traten in den Ruhestand:

Heidelberg: Bernd Schütz.
Heidenheim: Reinhard Walloschke, Lothar Schmidt.
Hohenlohekreis: Wolfgang Rudolph.
Main-Tauber-Kreis: Kurt Englert.
PTLS: Rainer Breitfeld.
Rastatt/Baden-Baden:
Guido Eckerter.
Stuttgart PP: Wolfgang Appel.

Wir wünschen den Kollegen im Ruhestand alles Gute.

**Zusammengestellt von
Angelika Burckhardt**



22. GdP-KINDER- UND -JUGENDFREIZEIT

„Howdy und Howgh“

Es war wieder so weit!! 23 lone-some Cowboys, Cowgirls, Häuptlinge und Squaws sattelten ihre Pferde und trafen in der wilden Prärie von Nußdorf aufeinander, um die große Zusammenkunft der Cowboy- und Indianervölker im kommenden August vorzubereiten. Nach wildem, langem Ritt wurden die Wild-West-Völker von Oberhäuptling Andreas Gühring und seinen tapferen Stammeshelfern Tobias Prokein, Thomas Falb und Elena Hug mit einem ausgiebigen Lagerfeuer-Mahl und mehreren Runden Friedensspeife empfangen.

So konnte im Anschluss die kommende 22. Kinder- und Jugendfreizeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) vorbereitet werden. Die Freizeit findet in diesem Jahr in der Zeit vom 1. 8. bis 8. 8. 2015 am großen schwäbischen Silbersee, in der Western-City Markelfingen, statt.

Manitu sei Dank wurde für die diesjährige Freizeit das Motto

„Wilder Westen am Silbersee“

festgelegt. Das kindgerechte Wild-West-Wochenprogramm steht nun fest wie ein Totempfahl, und es kann



Die Betreuer/-Innen der Jugendfreizeit

ten wieder viele mottogetreue Programmpunkte, Arbeitskreise und Ausflugsziele zusammengestellt werden.

So warten die Stammeshäuptlinge, Chef-Cowboys und -girls nun auf die Wild-West-Bevölkerung, die sich aus Kindern im Alter zwischen 7 und 14 Jahren zusammensetzt, um Leben in

das Geistercamp zu bringen.

Es besteht noch die Möglichkeit, Western-City ordentlich mit aufzumischen. Also sattelt die Pferde und meldet Euch an. Es sind noch Betten in den Wigwams und Saloons frei.

Howgh! Ich habe gesprochen.

GEWERKSCHAFTSARBEIT

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir zukünftig über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

15. März: Sport und Gewalt war Thema in „Sport im Dritten“. Der Landesvorsitzende war eingeladen. Es war eine gute und sachliche Diskussion und hat deutlich gemacht, dass durch die Schüsse am Rande des Fußballspiels Stuttgart gegen Hertha bei einigen ein Aufwachen bewirkt haben.

17. März: DGB-Landesbezirksvorstandssitzung in Stuttgart, Teilnehmer Wolfgang Kircher es ging u. a. um die aktuellen Tarifverhandlungen bei der Chemie und im öffentlichen Dienst.

18. März: Gründungsveranstaltung der GdP-Bezirksgruppe Freiburg, eine gute Veranstaltung mit über 100 Teilnehmern, Roland Nussbauer ist mit seiner neuen, alten Mannschaft das Gesicht der GdP in Freiburg. Rüdiger Seidenspinner wünschte dem „Neuen“ alles Gute.

20. März: Gewerkschaftstag von Verdi in Ulm, neben Finanzminister

Schmid, waren der Innenminister und die Sozialministerin anwesend. Das gehört sich so, dass die zuständigen Minister anwesend sind. Die GdP wurde von unserem Landesvorsitzenden vertreten.

24. März: nach der HPR-Sitzung Gespräch des Landesvorsitzenden mit der CDU-Fraktion über Polizei-strukturreform und was die Polizei noch braucht. Es ist schon ein Abenteuer zu behaupten, die Reform wäre für die hohen Zahlen des Wohnungseinbruchs verantwortlich. Damit kann man trefflich von den Fehlern der Vergangenheit ablenken. Helfen tut



GEWERKSCHAFTSARBEIT

dies aber niemandem, und die Medien glauben es langsam auch nicht mehr. Anschließend ein Termin bei Ministerialdirektor Zinell, ein gutes Gespräch mit den Kollegen des PP Technik, Logistik und Service zum Thema BIT BW.

25. März: Der Landesvorsitzende und Christina Falk vor Ort in Wertheim. Die Außenstelle soll zum 31.12. geschlossen werden, aber ein Teil der Küchenkräfte ist noch nicht versorgt. Das ist ein Unding und wird so nicht akzeptiert.

1. April: Gespräch des Vorsitzenden mit MdL Schwarz aus Rheinland-Pfalz. Die GdP Rheinland-Pfalz kämpft für die Einführung der Heilfürsorge nach baden-württembergischem Vorbild. Da unterstützt man als Nachbar gerne. Danach fand ein Gespräch mit Kollegen der BePo Bruchsal statt, denn es gilt, hier die GdP neu aufzustellen und tatkräftig zu unterstützen.

8. April: Mindestlohnfest auf dem Schlossplatz in Stuttgart. Endlich ist er da, der Mindestlohn, und alle in Abhängigkeit beschäftigten Menschen bekommen einen Lohn, der gerecht ist und dafür sorgt, dass viele besser leben können.

14. April: Der Innenminister kam zum ersten Gespräch mit dem neuen Hauptpersonalrat; es hat über vier Monate gedauert, aber früher wurde er nicht eingeladen.

16. April: Sitzung des geschäftsführenden Bundesvorstandes und intensive Einweisung in die Lage anlässlich des G7-Gipfels in Elmau durch den Inspekteur der bayerischen Bereitschaftspolizei, Herr Thomas Hampel.

23. April: Bundesfachausschuss-Sitzung Schutzpolizei in Berlin; man stellt fest, dass überall die gleichen Probleme vorherrschen; Personal ist viel zu wenig, Belastung ist viel zu hoch, Besoldung ist nicht gerecht und wenn es Probleme gibt, bleibt der Einzelne damit alleine, und wenn es blöd läuft, sieht er sich einer Herde von Schreibtischermittlern gegenüber. Thomas Mohr wurde zum Schriftführer des Bundesfachausschusses Schutzpolizei gewählt.

27. bis 29. April: Der geschäftsführende GdP-Landesvorstand, der Landesvorstand und der Gewerkschaftsbeirat beschäftigten sich mit der Zukunft der GdP in den neuen Strukturen. Der Rechenschaftsbericht des



Landesvorsitzenden befasste sich mit Themenschwerpunkten der GdP, über die in den Artikeln und Veröffentlichungen unserer Medien bereits berichtet wurde.

6. bis 7. Mai: GdP-Bundesvorstandssitzung in Fulda, Teilnehmer aus BW waren Rüdiger Seidenspinner, Dagmar Hölzl und Wolfgang Kircher. U. a. ging es um die Themen Bürgerproteste, gendergerechte Beurteilungen und die GdP-Unterstützung bei Großlagen.

11. Mai: Der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner und sein Stellvertreter Wolfgang Kircher waren im Innenministerium. U. a. ging es um die VwV PolOrg. Über das Gespräch werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Gewerkschaft der Polizei
Seminarprogramm
2015
(Änderungen möglich) 04.05.2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im Jahr 2015 werden wir noch die nachfolgenden Bildungsmaßnahmen durchführen. Besonderheiten sind bei der jeweiligen Maßnahme direkt aufgeführt. Bei Teilnehmerabsagen nach dem Anmeldeschluss können Stornogebühren entstehen. Bei geringer Teilnehmerzahl behalten wir uns vor, Seminare abzusagen.

08. – 10. Juni	GdP Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ an der Hochschule für Polizei, Außenstelle Wertheim (für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst gehen, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich)
07. – 09. Juli	Personalräteschulung für Vorstandsmitglieder im Moor/Heilbadzentrum Bad Buchau (ein Seminar mit speziellen Themen für Personalratsvorstände. Zur Teilnahme ist ein Entsendebeschluss des Personalrats erforderlich) (Anmeldeschluss 12. Juni 2015)
20. – 22. Juli	„Der erste Eindruck zählt“ ein Kommunikations- und Präsentationseminar für GdP-Frauen in der evang. Tagungsstätte Löwenstein, Veranstalter ist die GdP Frauengruppe (Seminar ist ausgebucht)
28. – 30. Sept.	GdP Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ an der Hochschule für Polizei, Außenstelle Wertheim (für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst gehen, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich) (Anmeldeschluss 01. September 2015)
12. – 13. Okt.	GdP Seminar für Vorstandsmitglieder aus den Bezirks- und Kreisgruppen in der evang. Tagungsstätte in Löwenstein (Anmeldeschluss 14. Juli 2015)
02. – 06. Nov.	Personalrätegrundschulung in der evang. Tagungsstätte in Löwenstein (Ziel ist die Vermittlung von Grundkenntnissen aus dem neuen LPVG an Personalräte und Ersatzmitglieder. Zur Teilnahme ist ein Entsendebeschluss des Personalrats erforderlich.) (Anmeldeschluss 31. Juli 2015)

Die Kosten für die Personalräteschulungen werden den Dienststellen in Rechnung gestellt, für die GdP Seminare werden die Kosten übernommen. Anmeldungen sind über die GdP Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 07042/8790 oder andrea.stotz@gdp-bw.de möglich. Dort erhaltet ihr auch weitere Infos.

WANTED

Es sind noch wenige Plätze frei!

WILDER WESTEN AM SILBERSEE

GdP-Jugendfreizeit

01. bis 08. August 2015

JETZT ANMELDEUNTERLAGEN ANFORDERN UND PLÄTZE SICHERN:

(07042) 879-0

JUNGE GRUPPE

Gewerkschaft der Polizei



40. Kastanienfest in Göppingen



Body-Art Künstlerin Melanie



Barbetrieb



Buchfink Straßentheater



Großes Polizeiprogramm

Großes Kinderprogramm

DRUM-STARS -
die ultimative Percussion-Show

EINTRITT FREI



EIS-ALI - Die ganz besondere „Eisshow“

Dienstag, 30. Juni 2015
ab 17:00 Uhr
Polizeipräsidium Einsatz
Heininger Str. 100 | 73037 Göppingen

